Aufsätze zu Fragen der Zeit / November / Dezember 2018

Gerechte Erinnerung

Zur Mahnung: Ewige Flamme neu entfacht

Im Gedenken an die Soldaten, die im Ersten Weltkrieg für Frankreich gefallen sind, fachte gestern Frank-

an. In seiner Rede beim großen Pariser Weltkriegsgedenken warnte Macron vor Nationalismus und einer Bedrohung des Friedens. „Die alten Dämonen steigen wieder auf – bereit, ihr Werk von Chaos und Tod zu vollenden", sagte er gestern bei der Feier zum 100. Jahrestag des Waffenstillstands im Ersten Weltkrieg. Rund 70 Staats- und Regie-

Seite 3: Das Thema

1 Wenn Macron von heute wieder aufsteigenden Dämonen spricht, ist zu erinnern: Warum Hitler Kanzler wurde. Manfred Weißbecker: 30. Januar 1933 und heute: Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus / 60. Jahrestag: Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg. / Dieter Skiba: Warum in Chemnitz Stumm bleiben, wenn weiße Flecken beim Erinnern Mode werden?

2 GERECHTIGKEIT - Themenwoche der ARD / Beim Erinnern und Erbepflege - Kultur & Kunst in der DDR gehört nicht dazu / Harald Kretzschmar: Das verkannte Erbe.

Vermisste Wertschätzung

Heute ist die Mauer genauso lange wieder weg, wie sie einst gestanden hat. Reichlich 28 Jahre. Doch wie steht es um die unsichtbaren Mauern in Deutschland?

In Leipzig wieder neuen Anlauf Historie und Alltag in der DDR zu erklären. Gern werden zwei Fragen zum Wendegeschehen unbeantwortet gelassen: Die Rolle der "Pappnasen" (Distel) und alles überschattende Anti- Stasi Hysterie / Ausstellung in Eisenhüttenstadt : Hier wird aktive Arbeit an der Entgrauung der DDR-Zeit geleistet.

3 Wer will reden. wer schreien und pöbeln? Armseliges Schauspiel in Dresden -...sie haben sich nicht gekloppt. - Welch ein Erfolg?

Manfred Weißbecker

Warum Hitler Kanzler wurde

30. Januar 1933 und heute: Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus

...Jeder kann und sollte wissen, wohin jener geschichtsträchtige Tag geführt hat. Er bescherte den Deutschen eine von Hitler geleitete Regierung, die eine »der nationalen Konzentration« sein wollte.

*

...Das Ergebnis bestand in einem Regime, gerichtet gegen alle anders Denkenden sowie gegen alle Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe. Es richtete sich ebenso gegen friedliche Verhältnisse in Europa und zielte auf neue Kriege, gegen andere Völker, denen im geplanten und nur durch neue Kriege erreichbaren »Großgermanischen Reich« Vertreibung oder Ermordung, allenfalls eine Existenz als auszubeutende Arbeitssklaven zugedacht wurde. Die Großverbrechen Zweiter Weltkrieg und Genozid an den europäischen Juden markieren den absoluten Tiefpunkt eines Zeitalters, das Eric Hobsbawm insgesamt als ein »Jahrhundert der Extreme« bezeichnete.

*

Es verwundert also keineswegs, wenn angesichts der Rechtsentwicklung in Deutschland und in anderen Ländern vergleichend zurückgeschaut wird. Mitunter wird auch von einer neuen NSDAP gesprochen; verständlich angesichts des in der AfD verwendeten Vokabulars, das von einigen offen provokant, von anderen taktisch gezielt oder auch dümmlich verwendet wird, warnend vor einer »Umvolkung«, vor »Mischvölkern« und drohendem Untergang der Deutschen, hoffend auf neue »tausend« Jahre eines deutschen Reiches. Auf jeden Fall kennt man sich gut aus im Sprachmissbrauch der Nazis, in deren nationalistisch-völkischen Schlagworten und Denkstrukturen.
Diese offen zu zeigen - das passt jedoch nicht in heutige politische Verhältnisse. Diese werden von Globalisierung und Neoliberalismus geprägt, wodurch sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich für die Aufrechterhaltung der Macht des Kapitals hinreichend Oberwasser gewonnen werden konnte. Es wird keine neue NSDAP, kein historisch diskreditiertes und letztlich auch erfolgloses Modell benötigt. Selbst die AfD vertritt (möglicherweise: noch) keine Ideologie, die mit der des historischen Nationalsozialismus gleichzusetzen wäre. Im Vordergrund steht insbesondere ein Rassismus, der eher an den völkischen Wegbereitern der hitlerfaschistischen Diktatur orientiert zu sein scheint, aber auch viele Berührungspunkte mit einem von zahlreichen Konservativen vertretenen, mitunter recht abstrus wirkenden Alltagsrassismus enthält. Letzteres muss nicht verwundern, steht doch das Programmatische der AfD in großem Einklang mit jenem, das weit bis in die 1980er Jahre hinein auf den Fahnen von CDU/CSU zu finden war und das sich neu wieder zu artikulieren begonnen hat.

*

Wer sich heute mit dem 30. Januar 1933 befasst, sollte insbesondere fragen, von wem, wann, wo und wie die Wege dahin beschritten worden waren. Da kann kein Zweifel aufkommen an der Schuld deutscher Eliten, erwachsen aus ihren generellen innen- und außenpolitischen Machtorientierungen, auch wenn diese zugleich auf konkurrierenden Teilinteressen beruhten. Grundsätzlich ging es um eine weitgehende Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges sowie denen der Novemberrevolution von 1918/19.

*

Dennoch tobt gerade zur historischen Verantwortung der deutschen Eliten ein heftiger Deutungsstreit. Da werden in der gängigen Literatur und noch mehr in den Medien jene Beziehungsgeflechte zwischen den Wirtschaftseliten und der NSDAP gern übersehen, da wird eher von den schuldlosen, in das braune Regime lediglich »verstrickten« Unternehmern gesprochen.

*

Mehr und mehr kommt auch in Mode zu behaupten, die Herrschenden hätten 1933 gar nicht anders handeln können, da sie dem Denken und den Wünschen der Massen hätten Folge leisten müssen. Da geriet wohl zu einem Orientierungs-Motto, dem der damalige Bundespräsident Joachim Gauck am 22. Juni 2016 im ARD-Gespräch Ausdruck verlieh: »Nicht die Eliten sind das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.« Geht es noch schlichter? Lassen sich Schuldfragen auf innenpolitischer Ebene so klären wie auf der internationalen und außenpolitischen Ebene, wo

jeder Konflikt, jede Untat anderen, zumeist jedoch den Russen in die Schuhe geschoben wird?
Zu erinnern wäre in unserer Zeit indessen auch an die Tatsache, dass es unter den Linken viel Streit über Begriff und Inhalt des Faschismus gibt, ja, dass einige Debatten sich schier endlos um sich selbst drehen und so das zu klärende Gesicht eines Antifaschismus im 21. Jahrhunderts außerordentlich belasten...

*

Eine tiefgründige Analyse der Welt von heute ist erforderlich, anderenfalls könnte Antifaschisten wieder passieren, was Feuchtwangers Bild von einer mühevoll bewegten, aber botschaftslosen Kapsel meinte. Daher sei hier im Sinne einer solchen »Botschaft« gesagt: Alles, was uns heute begegnet, am traditionellen Faschismus und in Deutschland am Nazifaschismus zu messen, ist notwendig. Daran bleibt nichts zu deuteln. Dieses Messen indessen zum wichtigsten oder gar alleinigen Kriterium zu erheben, wird in die Irre führen. Notwendig sind neue Analysen einer neuen Situation.

*

Es stellen sich neue Fragen an einen zeitgemäßen Antifaschismus. Schlichte historische Vergleiche verbieten sich.
Birgt nicht manches in der Welt von heute möglicherweise noch viel größere Risiken in sich, als sie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über die Welt gebracht wurden? Sind heute nicht noch furchtbarere und globalere Folgen für die Menschheit denkbar, etwa die eines dritten oder vierten Weltkrieges, von Kriegen um Wasser und Nahrungsmittel, geführt mit gentechnisch hergestellten biologischen Massenvernichtungswaffen und ähnliches mehr? Mit welchen neuen Erscheinungen einer Entmenschlichung, einer Entmoralisierung ist angesichts des anhaltenden, zum Teil sogar ganz bewusst vorangetriebenen Differenzierungsprozesses zwischen Arm und Reich zu rechnen? Ist nicht heute schon der Bau sogenannter Kapselstädte geplant, in denen das Überleben ausschließlich von Wenigen in kommenden Klimakatastrophen gesichert werden soll? Ist nicht in vielen Ländern die Verödung von Peripherien gegenüber den Zentren bereits weit verbreitet? Was besagt es, wenn Umfragen ergeben, dass 61 Prozent der Befragten beklagen würden, man schleppe »zu viele Schwache mit«? Und wenn die These stimmt, wofür vieles spricht, dass künftig 20 Prozent der Erdbevölkerung genügen, um alles herzustellen, was gebraucht wird, dann geht es in irgendeiner der

**Das da hätt einmal fast die ganze Welt regiert.
Die Völker wurden seiner Herr.
Jedoch ich wollte,
daß ihr nicht schon triumphiert:
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.**

Bertolt Brecht

Zitat aus der Kriegsfibel

(Aus Lesebuch Klasse 8 VOLK UND Wissen / VOLKSEIGENER VERLAG BERLIN 1976)

weiteren großen Krisen - und die werden gewiss kommen - nicht nur um die existenzielle Unsicherheit sogenannter Unterschichten, sondern um das menschlichen Dasein der leicht als »überflüssig« zu diskreditierenden 80 Prozent.
Die Barbarei im Umgang von Menschen mit »anderen« Menschen - gleich ob als rassisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen - könnte ein neues, dann wohl aber endgültiges Maximum finden. Dies könnte vielleicht als ein sich immer weiter faschisierender Faschismus bezeichnet werden. Wird für dieses dem 21. Jahrhundert gemäßes Phänomen irgendein anderer, ein treffenderer Begriff gefunden werden, so kann das am humanistischen Geist des historischen und gegenwärtigen Antifaschismus nichts ändern. Zu suchen sind allerdings neue politische Inhalte und Kampfformen, für große wie für kleinere Probleme, in internationalem und nationalem Rahmen sowie selbstverständlich auch in regionalen und lokalen Zusammenhängen.

*

Gegen den heutigen Marsch in eine andere, eine stärker rechtsorientierte Republik bedarf es einer konsequent-alternativen Politik. Mit ihr wäre anzustreben: Empörung statt Hinnahme und Resignation, aktiver Widerstand statt duldsamer Anpassung, Gegendruck statt schrittweiser Gewöhnung an das jetzt von Herrschenden Gewollte. Da Alltagsbewusstsein und -verhalten aus einem komplexen und außerordentlich vielgestaltigen Bündel politischer, sozialer, ökonomischer, kultureller, religiöser und auch mentaler wie sozialpsychologischer Faktoren erwachsen, wären zugleich jene materiellen, sozialen, geistigen und weltanschaulichen Grundlagen zu enthüllen, die dazu führen können, dass viele Menschen in Unkenntnis und selbstverschuldeter Ohnmacht menschenfeindliche Handlungsmotive nicht erkennen, gewaltsamen Aktionen zu wenig widerstehen oder gar neue Kriege akzeptieren. Damals wie heute.

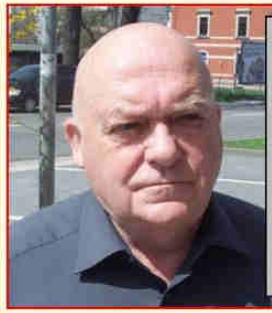
Gekürzt aus nd 30.01.2018

Manfred Weißbecker, geboren 1935 in Chemnitz. Er war Professor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und von 1983 bis 1990 Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät. (Foto 2009)

Alles bekannt?

Allerdings lassen sich in der Auswahl sowie in der Deutung der Fakten Unterschiede erkennen, zumeist in erheblichem Maße. Vor allem aber kontrastiert der hohe Wissensstand zu den oftmals erbärmlich wirkenden Kenntnissen derer, die in Schulen »informiert« werden oder sich hauptsächlich von Medien »bilden« lassen.
Im Zusammenhang mit dem diesjährigen 60. Jahrestag der „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg ist zu erwarten, dass Politik und Medien dieses Jubiläum ebenso zum Anlass nehmen werden, um die „Aufarbeitung“ der Nazivergangenheit, seitens der alten wie der derzeitigen Bundesrepublik zu „beweihräuchern“ und als einzigartige Erfolgsgeschichte darzustellen.

Der Autor Bernd Ulrich darin: Trotz vieler Widrigkeiten und Behinderungen hat die Zentrale Stelle zur Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen in Ludwigsburg seit ihrer Einrichtung 1958 erfolgreich zur Aufarbeitung der NS-Verbrechen beigetragen.
Dieter Skiba merkt dazu an: Allerdings lassen sich in der Auswahl sowie in der Deutung der Fakten Unterschiede erkennen, zumeist in erheblichem Maße. Und wie damit umgegangen wurde und wird in Deutschland. -



Dieter Skiba Anmerkungen:
Zu 60 Jahre Ludwigsburger „Zentrale“

Von großen Fischen und "Krill- Fischen" / SS- Tümmler ein exemplarisches Beispiel

Am 1.12.1958 nahm die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg nahe Stuttgart gemäß einer Verwaltungsvereinbarung vom 6. November 1958 ihre Tätigkeit auf.
Im Zusammenhang mit dem diesjährigen 60. Jahrestag der „Zentralen Stelle“ ist zu erwarten, dass Politik und Medien dieses Jubiläum ebenso wie im Jahre 2008 das 50jährige Bestehen zum Anlass nehmen werden, um die „Aufarbeitung“ der Nazivergangenheit, die Aufklärung der von den deutschen Faschisten begangenen Massenmorde und die Strafverfolgung von daran beteiligt gewesenen Täter und Verantwortungsträgern seitens der alten wie der derzeitigen Bundesrepublik zu „beweihräuchern“ und als einzigartige Erfolgsgeschichte darzustellen.

*

Damit einhergehend wird wohl weiter darauf reflektiert werden, in Umsetzung des am 23.9.1991 auf dem 15. Richtertag vom damaligen Vizekanzler und Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP) verkündeten Generalauftrages die DDR als „SED-Unrechtsstaat“ zu delegitimieren, ihre Justiz- und Sicherheitsorgane zu kriminalisieren sowie den Antifaschismus zu diskreditieren. Dabei wird sicherlich wohl wieder die alte Mär aufgewärmt werden, in der DDR wäre die Strafverfolgung von Naziverbrechern politisch instrumentalisiert und mißbraucht worden, um sich als antifaschistischer Staat darzustellen und dem internationalen Ansehen der BRD zu schaden.
Auf dem Festakt vor 10 Jahren meinte Horst Köhler als damaliger Bundespräsident, Ludwigsburg habe einen „unverzichtbaren Beitrag“ geleistet und Anteil daran, dass seit Kriegsende in der Bundesrepublik 6500 Straftäter rechtskräftig verurteilt worden seien. Von der jahrzehntelang unbestreitbar praktizierten Nazi-Kumpanei und der von einer einflussreichen Nazi-Lobby massiv betriebenen Strategie der Nichtverfolgung von in der BRD lebenden oder für sie dienstbaren Naziverbrechern war dabei allerdings nicht die Rede.

*

Offensichtlich ging und geht es bundesdeutscher Politik und ihren Meinungsmachern darum, vor allem nach außen hin eine „Erfolgsgeschichte“ zu offerieren und den Eindruck von ernsthaftem Willen und Bereitschaft zur konsequenten „Aufarbeitung“ und Strafverfolgung von Naziverbrechen medienwirksam zu vermitteln.

In einer Broschüre zum 60. Jahrestag von „Ludwigsburg“ ist aus der Feder des jetzigen Leiters Jens Rommel u.a. folgendes zu lesen:
„ Die Zentrale Stelle wird daher ihre Bemühungen, Mordverbrechen des NS-Regimes aufzuklären, bis auf Weiteres fortsetzen..... Für Überlebende oder Angehörige ist es häufig von größter Wichtigkeit und für zukünftige Generationen bleibt es Mahnung, dass derartige Taten bis zum Schluss verfolgt werden. Dies dient dem Rechtsfrieden und zeichnet unseren Rechtsstaat aus“
Ob und wie dieses löbliche Vorhaben auch gegen Widerstände „alter Kameraden“ und deren geistige Erben umgesetzt werden kann, wird sich zeigen.

*

In Anbetracht des Verdrängens und Umdeuten von Geschichte sowie des selbst eingestandenen „ Versagens“ der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz mutet es schon etwas bizarr an, wenn nach Jahrzehnten der politisch gewollten Schonung von „großen Fischen“ aus dem Haifischbecken und deren großzügiger Versorgung mit Posten und Pensionen nunmehr im „Krill“ gefischt und die Strafverfolgung mit dem Verweis auf „Unterstützung systematischer Morde“ schon allein mit einem Nachweis der Zugehörigkeit zum KZ-Wachpersonal begründet wird. Beweise für eine unmittelbare Tatbeteiligung an den dort betriebenen Massenmorden scheinen nicht mehr notwendig zu sein.
Ganz anders sah das in der BRD noch vor wenigen Jahren aus. Da galt „Beihilfe zum Mord“ nach dem sogenannten „Dreher - Gesetz“ rückwirkend ab 1960 als verjährt und „Mord“ war den Delinquenten kaum nachzuweisen, denn sie hatten zwar getötet, aber nicht aus „niederen Beweggründen“ gemordet.

Exemplarisch Obersturmbannführers Thümmler

Als nahezu exemplarisch für den in der BRD über Jahrzehnte praktizierten rechtspolitischen Umgang mit Nazitätern, politisch motivierte Rechtsetzung zu Gunsten von Naziverbrechern sowie eine vor Strafverfolgung weitgehend schonende „Aufklärungsarbeit“ bundesdeutscher Ermittlungsbehörden und eine die Täter schützende Auslegung von Recht und Gesetzlichkeit seitens der Gerichte steht z.B. in vielerlei Hinsicht der Fall des einstigen **SS-Obersturmbannführers Dr. Johannes Thümmler**. Immer wieder verliefen mehrfach eingeleitete Ermittlungen und Verfahren gegen den an Judendeportationen, Hunderten von Todesurteilen und anderen Naziverbrechen Tatbeteiligten „im Sande“. Von der BRD-Justiz ist er dafür nie zur Rechenschaft gezogen worden.
Dr. Thümmler stand seit 1944 auf alliierten Kriegsverbrecher-Listen. Seine Auslieferung an Polen wurde jedoch in Folge des Kalten Krieges verweigert und so konnte er in der BRD zu einem leitenden Angestellten bei den Carl-Zeiss-Werken in Oberkochen aufsteigen.

*

Hinlänglich bekannt war, dass es sich bei ihm um einen hochrangigen Gestapo-Angehörigen handelt, der u.a. in Dresden, Chemnitz, Kattowitz und zuletzt in Stuttgart die dortigen Gestapo-Dienststellen geleitet hat und in der Zeit vom 3. Juli bis 11. September 1943 auch als Führer des Einsatzkommandos 16 der Einsatzgruppe E in Kroatien mit Standort in Knin fungierte. Als Chef der Gestapo in Kattowitz seit 1943 war Thümmler zugleich auch Chef des SS-Standgerichtes, dass im Block 11 des Stammlagers des KZ Auschwitz regelmäßig tagte und von dem im sogenannten Todesblock mindestens 800 Menschen zum Tode verurteilt worden sind.
Als Thümmler am 2. November 1964 im Frankfurter Auschwitzprozess als Zeuge richterlich vernommen worden ist, hat er seine maßgebliche Mitwirkung daran selbst eingestanden. Dennoch blieb er anschließend auf freiem Fuß und auch weitere Ermittlungsverfahren gegen Thümmler führten nicht zu einer Verurteilung. Als er in einem bei der Staatsanwaltschaft Dortmund seit 1970 anhängigen Verfahren gegen einen ehemaligen Mitarbeiter der Dresdner Gestapo beschuldigt wurde, in seiner Eigenschaft als stellvertretender Chef der Gestapo-Dienststelle an der

Politische Bildung am historischen Ort

Fortbildung für Lehrer im alten Kaßberg-Gefängnis:

Tümmler & Co? Nicht weiter erwähnenswert für Erinnern beim Chemnitzer Kaßberg- Gedenkort

In Chemnitz gibt es genug Anlass näher zu recherchieren, wer hier vor 1945 an Nazi-Verbrechen beteiligt war und wer hier nach 1945 als Täter inhaftiert und verurteilt worden ist? Beispiele:
SS-Obersturmbannführer Ernst Gerke, der ab November 1938 Leiter der Gestapo Chemnitz war, **SS-Sturmbannführer Bruno Lettow,** der von April 1944 bis Februar 1945 als Leiter der Gestapo in Chemnitz fungierte. Und **SS-Obersturmbannführer Johannes Thümmler,** ab März 1941 Leiter der Gestapo in Chemnitz. Später auch die Leitung des im KZ Auschwitz tagenden Standgerichts.
Wie so viele andere „Alteigentümer“ machte Thümmler nach der „Wende“ Ansprüche auf Rückübertragung von »Alt-Eigentum« geltend und forderte von der Stadt Chemnitz die Rückgabe „seines“ nach 1945 auf der Grundlage alliierten Rechts eingezogenen Eigentums.

Deportation von Juden aus dem Regierungsbezirk Dresden - Bautzen tatbeteiligt gewesen zu sein, wurde das Verfahren gegen ihm wegen „Mangels jeglicher Beweismittel“ eingestellt.
1970 lehnte das LG Ellwangen die Eröffnung eines Hauptverfahrens ab mit der Begründung, Rechtsbeugung liege bei den Standgerichtsverfahren in Auschwitz nicht vor, da die Angeklagten Geständnisse unterschrieben hätten.

*

Auch ein weiteres nach Anzeigen in den 1990er Jahren wegen Tatbeteiligung an der Judendeportation aus Chemnitz bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart zustande gekommenes Ermittlungsverfahren wurde damals vom dortigen Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm „wegen Mangel an Beweisen“ eingestellt.
Schrimm fungierte kurze Zeit danach 15 Jahre lang bis September 2015 als Leiter der „Zentralen Stelle“ in Ludwigsburg. Trotz aller ihm zugeschriebenen Verdienste in der Zeit seiner dortiger Tätigkeit erscheint es dennoch angezeigt, darauf hinzuweisen, dass auch er, wenn es um die Haltung der DDR zu Faschismus und Nazitätern geht und speziell die Aktivitäten des MfS zur Aufklärung und Strafverfolgung von Nazi-und Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Rede stehen, es mit Wahrheit und Wahrhaftigkeit scheinbar nicht so ganz genau nimmt. Da behauptet er z.B in seinem 2017 erschienen Buch „Schuld, die nicht vergeht“ u.a. auf S. 61: *„So war etwa dem Ministerium für Staatssicherheit bekannt, dass einer der Thälmann-Mörder, Erich G. in der Bundesrepublik eine Gaststätte betrieb, jedoch hielt es dieses Wissen unter Verschluss, weshalb das bundesdeutsche Verfahren eingestellt werden musste. Als dieser Sachverhalt bekannt wurde, war G. bereits verstorben.“*
Eigentlich hätte er es besser wissen können, ja in seiner speziellen Position sogar besser wissen müssen. Denn über den ehemaligen SS-Obersturmführer Erich Gust, alias Giese war - wie aus einschlägigen Veröffentlichungen ersichtlich - dem bundesdeutschen Verfassungsschutz seit mindestens 1952 bekannt, wo sich der unter falschem Namen in Niedersachsen lebende Tatverdächtige aufhält und ein Nobelrestaurant betreibt. Ebenso ist öffentlich bekannt, dass Gust alias Giese auf der Grundlage der in den Besitz der BStU gelangten inoffiziellen MfS-Informationen noch zu seinen Lebzeiten durch bundesdeutsche Polizeibeamte aufgesucht und „befragt“ wurde und dabei eingestanden hat, der gesuchte SS-Offizier Erich Gust zu sein. Erst einige Zeit später ist Gust/Giese, sowohl von „Ludwigsburg“ wie anderen Justizbehörden der BRD unbehelligt, verstorben. Das aber zu schreiben hat wohl nicht in das zu vermittelnde „Feindbild“ gepasst.
Auf dem Feld öffentlicher „Aufarbeitung“ von Zeitgeschichte zielen eben manche Geschichts- und Geschichtenschreiber, Akteure der vorgegebenen Geschichtsdeutung und deren „Hilfswillige“ mehr auf beabsichtigte Wirkungen ab als auf Wirklichkeit, Wahrheit und Wahrhaftigkeit. 13. Nov. 2018

*

Der Diplomjurist Dieter Skiba. Jahrgang 1938, ehemals Oberstleutnant und letzter Leiter der in der DDR mit der Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen befassten Abteilung des MfS, war vor allem von mit Faschismusforschung befassten Wissenschaftlern aus dem Ausland und seriösen deutschen Journalisten als Sachkenner gefragt.

Asymmetrische Geschichtsauffassung
Chemnitz hat Grund, weiße Flecke nicht zuzulassen

Verblasst das Wissen über den Holocaust?

Viele junge Deutsche wissen laut einer Umfrage kaum etwas über den Holocaust. Von den 18- bis 34-Jährigen schätzen rund 40 Prozent, dass sie „wenig“ oder „gar nichts“ darü

Beklagt wird, dass viele junge Deutsche kaum etwas wissen über den Holocaust. Das Wissen über das Wirken der Nazi–Verbrecher hier und ihre Rolle im Faschisten Regime ist oftmals von erbärmlich wirkenden Kenntnissen derer, die in Schulen »informiert« werden oder sich hauptsächlich von Medien »bilden« lassen, geprägt. (Prof. Weißbecker)
Unverzichtbar und dringlicher wäre es gerade hier in aller Klarheit und ohne lapidare Einschränkung darauf einzugehen. — Wer vor einer asymmetrischen Geschichtsbetrachtung z.B. bei einem mit großen Ressourcen geförderter Gedenkort wie dem Kaßberg- Gefängnis in Chemnitz warnt, wird gern abgetan, ja als Geschichtsvergessen beschimpft. Schließlich sei hier zuerst das „Tor zur Freiheit“ für DDR-Oppositionelle zu würdigen. - Schulklassen, ausländische Gäste der Stadt werden daher rituell hingeführt. Wenn nun einer der Akteure beim Lern und Gedenkort in der Zeitung Erklärt: „Wir wollen nicht nur zurückschauen, sondern auch Demokratiebildung betreiben“, dann ist zu Fragen: Demokratie mit Tunnelblick auf die Geschichte? Wem nützt es? Wer ist Geschichtsvergessen?

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier:

»...Dennoch haben die ostdeutschen Erfahrungen bis heute keinen so festen Platz in unserem kollektiven Gedächtnis wie die Geschichten des Westens.« (17.10.2018)

Nach einer Befragung wurde im vom Beirat des sogenannten »Sachsen-Monitor« angemerkt, dass sich viele Sorgen der Sachsen um soziale Themen drehen: wachsende Gegensätze von Arm und Reich, Löhne unter dem Westniveau, eine Rente, die nicht zum Leben reicht. Viele sehen darin eine Benachteiligung des Ostens. Dass Ostdeutsche Bürger zweiter Klasse seien, meint jeder zweite Sachse; 63 Prozent sagen, nach 1990 sei neues Unrecht entstanden
Gerechtigkeit war kürzlich die Themenwoche der ARD überschrieben . Da kam auch die "Vermisste Wertschätzung" der Ostdeutschen nach der "Wende" zur Sprache. Auch bei anderen Foren erlebte man sanfte Formen von Eingeständnissen der Fehler bei der Einverleibung aller "ehemaligen DDR- ler" in die Bundesdeutsche Geschichtsbetrachtung. In Leipzig und anderen Ortes nahmen Museen neuen Anlauf Historie und Alltag in der DDR zu erklären. - Was einem Besucher sarkastisch kommentierte: Fehlt nur noch, dass ein letzter DDR- Bürger am Nasenring durch die von aus Medien bekannten Widerständlern gesäumten Sieges- Alle geführt wird.
Es ist ein ganzer Gründungsmythos, der auf der Vorstellung fußt, die Widerstandsbewegung in Ostdeutschland wollte vor allem: Volk sein, Schwarz-Rot-Gold, D-Mark, Volkswagen fahren. (Fabian Hillebrand, Leipzig)

Wenn nun verstärkt gefordert wird, die Lebensleistungen und Biografien der Ostdeutschen sollten endlich anerkannt werden, dann sollte das unbedingt auch auf Kunst und Kultur zutreffen.

Das verkannte Erbe

Was ist von der Ost-Kunst und Ost-Kultur in der Gegenwart geblieben?

Von Harald Kretzschmar

Strahlendes Wetter, und die Feierlaune um den Staatsfeiertag der deutschen Einheit getrübt. Wie das? Ausgerechnet dieses Jahr so säuerlich nachdenkliche Mienen? Sollte da am Ende schon etwas Reue einkehren, dem Osten eine zu radikale kapitalistische Umgestaltung verpasst zu haben? Der thüringische Ministerpräsident wagt das Desaster der Plattmache der Ostwirtschaft durch die Treuhand anzuprangern. Eine sächsische Ministerin begibt sich unter ihr Volk, vernimmt dessen Groll über vertane Lebenschancen und versucht, Konsequenzen einzuklagen. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung dekoriert die obligatorische Erfolgsbilanz mit schüchternen Einschränkungen. Man bittet die Verursacher, den Schaden endlich einmal wahr zu haben. Tiefer gehende Erkenntnisse? Fehlanzeige.

Es musste alles von Grund auf falsch gewesen sein. Glücksritter bis hinauf zum kleinen Kurt, dem König der Wahlsachsen, erfanden einen fantastischen »Neuaufbau«. Und das für Leute, die in harter Arbeit etwas aufgebaut hatten, was bei allen Mängeln ihr Eigenes war. Und es nun nicht mehr sein sollte. Selbst Sprache und Geschichte, immer als gemeinsam angemahnt, wurden nun als trennend gesehen. Gebäude abreißen, Kunst entfernen, Bücher entsorgen, Musik ungespielt vergessen - so überwältigt man eine Gegenwart. Menschen merken, dass ihnen auf einmal etwas fehlt. Mit Bildern, Texten oder Liedern sind sie aufgewachsen. Am Ende blieben sie auf Sandmännchen und Grünem Pfeil sitzen. Noch.

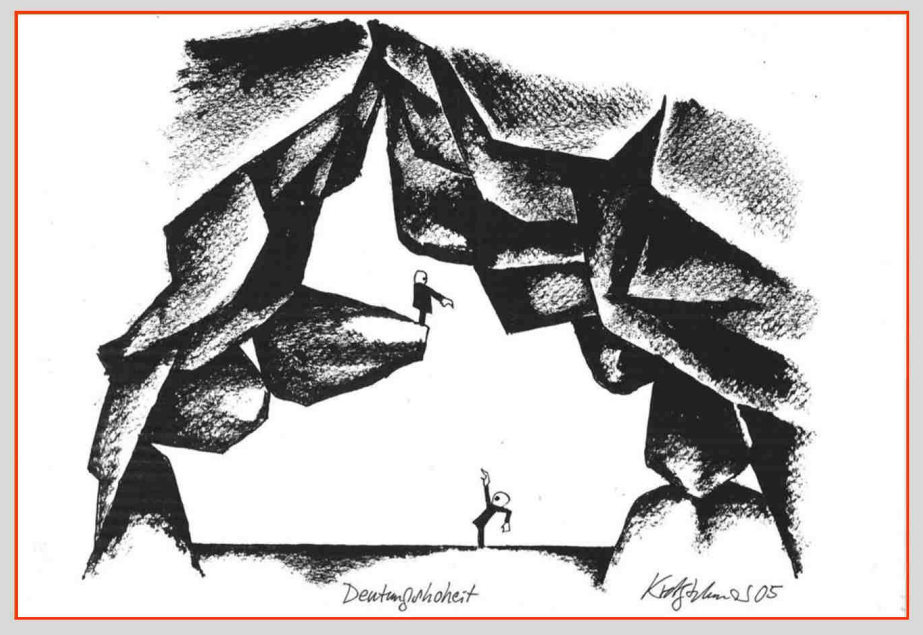
Und obendrein dieser Verdacht, übers Ohr gehauen worden zu sein. Was eine schweigende Mehrheit einsichtsvoll an Kröten geschluckt hat, kotzt eine randalierende Minderheit nun als demonstrierender Mob

aus. Die Gesichter der Demos von 1989, und die von heute - welch ein fundamentaler Unterschied.

Kunst und Kultur waren nie wirklich geteilt. Nun zählt die ach so selig machende Kultur des Westens. Die besten Filme, die besten Bücher und die besten Bilder sind klar verortet. Wer hat Architektur, Design, Mode oder Medien bestimmt? Ist man auf geheiligtem Westboden geboren, weiß man um den Wert des »Eigenen«. Das »Andere« ist ehemalig, weil systemnah. Wer von den Jüngeren das große Wort führt, hat das intus. In den Museen von Flensburg bis Konstanz lebt die westliche Wertegemeinschaft ihre Ausschließlichkeit durch Ausschluss.

Ist Berlin kulturell die Hauptstadt aller? Mitnichten! Einst Westberliner Institutionen pflegen halt ihr Eigenes. Der Sender SFB lebt in Gestalt des RBB weiter. Er pflegt öde Distanz zu einem allen Ostfragen offenen MDR. Dort wäre ein so radikal westorientierter Talkmaster wie Jörg Tadeusz nicht vermittelbar. Hier gerät ihm die Pilotsendung eines Halbstunden-Plauschs mit Kati Witt am Vorabend des 3. Oktober zum kruden Verhör. Davor 65 Jahre Kabarett »Die Distel«. Was durfte es, und was nicht? Nix anderes zählt. Zwischentöne schon mal gar nicht!

Die Akademie der Künste öffnet sich weltweit. Ihr Ost-Erbe bleibt im Depot. Der dort 1960 gestiftete Käthe-Kollwitz-Preis gelangte 1994 letztmalig in Folge in Osthand. 2018 erhielt ihn die elitäre US-Konzeptkünstlerin Adrian Piper. Ihre spröde Videowand »Mauer« schimmert als einzige Kunst durchs Fenster am Pariser Platz, vor dem das gigantische Einheits-Spektakel tobte. Am parallelen Standort Hanseatenweg geht bis Jahresende dafür bildkünstlerisch das Licht aus. Der Hamburger Bahnhof macht seinem Namen alle Ehre, indem er sich rein westorientierten Großsammlern unterordnet. Das Parfüm der Schickeria durchweht die Hallen. Ostberliner Kunstleistungen sucht man in der Berlinischen Galerie vergebens. Kolbe-Museum und Brücke-Museum zählen betrachtende Ostbesucher zu ihren Liebhabern. Deren eigene, so stark dem Erbe Kolbes und der »Brücke« verpflichtete Künstlerschaft ignorieren sie. Das Atelierhaus des Kunsthauses Dahlem jubelt uns jetzt ein ganzes Jahr lang figürliche Plastik aus dem 1950 nur mühsam entnazifizierten Münchner Haus der Kunst unter. Die 1946 noch von Dresden aus gastgebenden Bildhauer jenseits des Eisernen Vorhangs waren da bereits eliminiert.



Schotten dicht, hieß das. Integrieren, ein Fremdwort. Und der Osten? Flüchtlinge wurden Umsiedler. Ihre andersartige Mentalität brachte kulturelle Vielfalt. Staatsoffizielle Israel-Feindschaft wird nun als Antisemitismus ausgelegt. Dabei war hier die Zahl prägender jüdischer Remigranten gerade im Kulturleben ungleich höher als im Westen. Sie wurden im immerwährenden geistigen Konflikt dennoch das, was man Hiesige nennt.

Das Draufkleben des politischen Etiketts ist eine billige Art, auszusondern. Wo Repression Schaden anrichtete, wirkt Restauration nun oft wie der reine Frust. Einst für jene Kulturpolitik Verantwortliche haben längst die demokratische Nagelprobe bestanden, indem sie so manche Kunstgalerie des »Beitrittsgebietes« attraktiv machten. Ob in Erfurt oder Halle, Neubrandenburg oder Cottbus, Schwerin oder Frankfurt - überall war ihr fortwirkender Sachverstand zu spüren. In Berlin sowieso.

Niemand verhehlt: Ja, da gab es die ideologische Schmalspur. Von der abzuweichen riskant war. Ja, vieles musste man im Widerstand durchsetzen. Doch vieles war eben wünschbares Programm. Die neue Ideologie bestreitet das. Dabei ist sie nur das Spiegelbild der alten. Ja, verheerend genug, diese ekelhaften Geheimdienstakten. Aber nun dienen Berichtsätze daraus der pauschalen Herabsetzung von soliden Lebensleistungen. Was dem Liedermacher Gerhard Gundermann widerfuhr, dessen Biografie lange Zeit auf seine IM-Tätigkeit reduziert wurde, war kein Einzelfall.

Darf man fragen, worin das Gesamtdeutsche in den Künsten zu finden ist, wenn ständig weiter separiert wird? Mager genug ist querbeet die Bilanz. Die kulturelle Wertschöpfung dörrt aus. Die Eigenen ins Töpfchen der hochwohllöblichen Präsentation. Die Anderen ins Kröpfchen des alles verschlingenden Vergessens. Die Richtung weisenden »documenta«-Ausstellungen in Kassel beherbergten in den Zeiten des Kalten Krieges mehr ostwärtige künstlerische Handschriften, als in den sechs Monsterschauen danach. Der jetzt bis zur Unkenntlichkeit aufgelöste Kunstbegriff marktgängiger Superhits zeigt nur das Zerrbild einer gesichtslosen Globalisierung. Nachbarländer halten dagegen ihr Selbstbewusstsein hoch. Wir blamieren uns in der Fortsetzung einer von den Aktiven der Künste nie gewollten - und auch nicht gelebten Teilung.

Ende der Durchsage. Nach rauschhaft durchlebter Euphorie kann man auf den Teppich zurückkehren. Ehe die scharfe Prise einer Krise alles aufdeckt, ist der verständige Mensch zu gewissen Einsichten fähig. Eine Ausnüchterung ist nie angenehm. Wo sie stattfindet, geht es nicht zimperlich zu. Alle, denen diese Tonart hier zu scharf ist, bittet der Verfasser um Nachsicht. Nur die Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Aus nd 22. Oktober 2018

Harald Kretzschmar, am 23. Mai 1931 in Berlin geboren. Ist ein Karikaturist, Grafiker und Feuilletonist. Er ist auch durch seine Porträtkarikaturen bekannt geworden ist.

DENKMALGESCHICHTE
Augustkämpferdenkmal
Erinnerung an den „Blutigen Freitag 1919“ in Chemnitz

Diplom-Bildhauer Frank Diettrich

Das Augustkämpferdenkmal am Chemnitzer Hauptbahnhof/Bahnhofvorplatz, geschaffen von Hannes Diettrich (1905-1983). Die Einweihung des Denkmals fand am 08. August 1977 statt.
Mit dem Monument wird erinnert: 18 Menschen starben auf dem Territorium um den Chemnitzer Hauptbahnhof bei der blutigsten politischen Auseinandersetzung in Chemnitz vor Errichtung der NS-Herrschaft.

Eine machtvolle Protestdemonstration Chemnitzer Arbeiter am 8. August 1919 gegen die katastrophalen Lebensverhältnisse

eskalierte infolge einer verhängnisvollen Provokation zu einem vierstündigen erbitterten Kampf mit den zur gleichen Zeit am Bahnhof eingetroffenen Einheiten der Reichswehr. - Beschuss der Demonstration von den „Kavaliershäusern“ am Dresdner Platz. - Der Demonstrationszug kam die Carolastraße vom Theaterplatz zum Bahnhof herauf. - Nachfolgend wurde die Reichswehr über die Gleise in Richtung Frankenberg getrieben.

Der Rochlitzer- Porphyrblock stellt die Geschlossenheit und Verzweiflung der demonstrierenden Arbeiter dar. Die vorderen Gestalten sind als Hochrelief bzw. Vollplastiken, die Gestalten im weiteren Block als blockhafte Flachreliefs, die geschlossene Masse betonend, dargestellt.

Alle Gestalten sind sehr expressiv und kantig geschaffen. Sie verkörpern so die Verallgemeinerung des Individuums als Masse. Die Art der Gestaltung soll auch eine Verneigung vor dem Maler Karl Schmidt-Rottluff sein.

Die im Grauton gehaltenen Fugen zwischen den einzelnen Blöcken des Gesamtdenkmales im Gegensatz zum Rot des Rochlitzer Porphyrs verkörpern die Eingebundenheit des Einzelnen in die Geschlossenheit einheitlichen Handelns der Arbeiter.

Mein Vater, Hanns Diettrich, arbeitete insgesamt 15 Jahre an dem Projekt „Augustkämpferdenkmal“. Die Arbeit an den Entwürfen begann 1962 in 1:5 Größe. Die Umsetzung in das originalgroße Gipsmodell für die Steinfassung erfolgte ab 1971 in seinem Atelier. Die Übertragung in Naturstein begann 1976 in den Sächsischen Sandsteinwerken in Dresden durch Steinbildhauer.

Mit einer möglichen geplanten Verlegung des gegenwärtigen Busbahnhofes in die unmittelbare Nähe des Chemnitzer Hauptbahnhofes wird die erneuten Versetzung des Augustkämpferdenkmal notwendig. Zu hoffen unter Beachtung baulicher und rechtlicher Standards.

Fotos aus Archiv Diettrich / Jattke

Aus dem Schaffens- und Werkverzeichnis des Bildhauers Hanns Diettrich / Denkmale: 1947 Sowjetehrenmal Richterweg, Chemnitz / 1948 Sarkophag Ehrenmal Treptow Berlin / 1952 VVN-Ehrenmal OdF-Park, Chemnitz / 1960 Bombenopfdenkmal Städt. Friedhof, Chemnitz / 1968 VVN-Ehrenmal Sachsenburg / 1977 Augustkämpferdenkmal Chemnitz / Ernst-Thälmann-Denkmal Chemnitz / Ernst-Thälmann-Denkmal Aue Hutholzdenkmal Chemnitz/Neukirchen.

UNVERGESSEN

Unvergessen

Vor 50 Jahren wurde
Uffz. Rolf Henninger
in Ausübung seines Dienstes an der Staatsgrenze der DDR feige ermordet. Das Leben des gelernten Lokführers und Ehemanns wurde am 15. November 1968 willkürlich ausgelöscht.

In ehrendem Gedenken
KPF Sachsen, OV Sonnenberg / DIE LINKE Chemnitz, IG Frieden – Gerechtigkeit – Solidarität / DIE LINKE Chemnitz und GRH-TAG Chemnitz

Apropos »alles verschlingende Vergessens«

Harald Kretzschmar warnt in seinem Artikel "Das verkannte Erbe" vor dem »alles verschlingendem Vergessen«. - Wenn nun auch bei einigen Politikern die Erleuchtung kommt, bitte nicht vergessen: Zu den Lebensleistungen gehören auch die Kulturleistungen.

Ja, mit der DDR wurden nach 1990 Denk- und Ehrenmale sowie viele Gebäude und Plätze beseitigt, die in 40 Jahren Deutscher Demokratischer Republik entstanden waren bzw. ihre Hochphase hatten. Es ist eine Binsenweisheit: Architektur hat »nicht nur einen funktionalen oder ästhetischen Charakter, sie sagt auch immer etwas über ihre Zeit und deren Ideale aus, Ist Träger von Geschichte. Und sollte im kollektiven Gedächtnis bleiben.

Als Karl-Marx-Stadt noch eine wichtige Bezirksstadt war, fanden im Veranstaltungszentrum FORUM bedeutende Veranstaltungen statt. 1989/1990 tagte der "Runde Tisch des Bezirkes Karl-Marx-Stadt". Das FORUM wurde abgerissen, dem Vergessen übergeben. Für die neuen Eigentümer wohl belanglose Erinnerungen.

Freie Presse 7. 8. 2015

Forum-Abriss hat begonnen

Geschichte, Erinnerung?

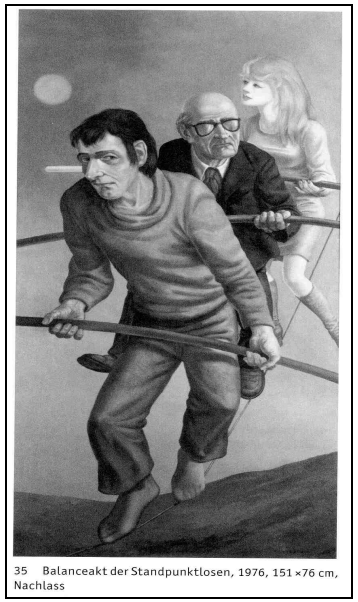
Was gestern wichtig war und gut - die Neuen reißens ab und walzens nieder. Wies die Mächtigen schon immer taten, wieder und wieder...

"Experten" und Claqueure jubeln und reiben sich die Hände, wenn letzte Mauern fallen, errichtet von den "Alten" und die „Neuen" für ihre Weißheiten freie Bahnen erhalten.

Erinnerung an Aufbruchzeiten? Klein angefangen? Was soll uns das? Wir Pappnasen waren nicht dabei! Und warten, bis die letzten Zeugen ihr Zeitliches gefunden? - Kommt nicht in Frage, wir drehen jetzt *unsere* Runden!

Wir waren immer schon so groß und wichtig und machten auch jetzt alles RICHTIG, RICHTIG!

Jetzt ist es nicht mehr zu übersehen: Das einstige Veranstaltungszentrum Forum wird abgerissen. Bislang haben sich die vorbereitenden Arbeiten eher im Inneren des Komplexes abgespielt: Unter anderem wurde die Zwischendecke mit einer Asphaltschicht überzogen, um das Dach der darunterliegenden Tiefgarage abzudichten. Gestern begann



35 Balanceakt der Standpunktlosen, 1976, 151 ×76 cm, Nachlass

Erinnert an Rudolf Nehmers (1912-1983) Balanceakt der Standpunktlosen. Von 1976 (!)

Wenn über Umgangskultur geredet wird...

...sagt uns wo ihre steht! - Wir wollen nicht vergessen - die flugs Angepassten, die Standpunktlosen. Vermeintliche Widerständler haben schnell gelernt, was der Boulevart gern hört, am besten, wenn was mit Stasi und schlimmer Obrigkeit zu tun hat.

Was mir tatsächlich aufgefallen ist: Viele Künstler, die ich schon länger schätze, kommen hier aus der Gegend. Da habe ich schon den Eindruck, Karl-Marx-Stadt wird etwas unter den Tisch gekehrt, das verheimlicht man eher im Lebenslauf.

Selbsterniedrigung?

Frederic Bußmann, neuer Chef der Kunstsammlungen Chemnitz, arbeitete vordem in Rom, Berlin, Paris, Leipzig, wundert sich. FP 22. 9.2018

"Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt ihr Charakterbild in der Geschichte" - Friedrich Schiller.

den müssen, gebaut hätten extra gegründete „Feierabendbrigaden", so der 86-Jährige. Seine Uhr sei eine Art Gegenkonzept gegen die nicht offene Gesellschaft gewesen.

Weltzeituhr Berlin
Hier wird ein einst hoch gefeierter Nationalpreisträger Erich John zum Widerständler.
Motto
Was nicht beseitigt werden kann, wird umgewertet, umgedeutet und vereinnahmt.

Im Club der Selbstverliebten hat man es wieder nicht gewusst?

Volk statt Demokratie

Die Pegida-Einheitswippe

Von Leo Fischer

Die Einheitswippe kommt! Nach jahrelanger Diskussion hat der Haushaltsausschuss des Bundes 17,1 Millionen Euro bereitgestellt; nun soll das Denkmal der Deutschen Einheit, das die Form einer begehbaren, balancierenden Schale annehmen wird, in den nächsten zwei Jahren errichtet werden - um pünktlich zum dreißigsten Jahrestag der Einheit zur allgemeinen Bewippung bereitzustehen. Auf dem »Denkmal für Freiheit und Einheit«, auch: »Bürger in Bewegung« geheißenen Erwachsenenspielplatz wird dann feierlich herumgewippt werden können, dass es nur so eine Art hat.

»Mit der Bestätigung des Konzeptes können wir nun mit der konkreten Umsetzung beginnen«, erklärte Kulturstaatsministerin Monika Grütters. »Mit dem Denkmal wollen wir die friedliche Revolution in der DDR würdigen, die sich im kommenden Jahr zum 30. Mal jährt.« Diese Würdigung hätten die Menschen, die das SED-Regime unblutig gestürzt und die Deutsche Einheit möglich gemacht haben, »mehr als verdient«. Vergifteter kann ein Kompliment nicht sein.

Die Einheitswippe soll vor dem neu errichteten Berliner Stadtschloss platziert werden, auf dem Platz des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmals. Wenn nicht allen Beteiligten der Sinn für Ironie und Geschichte längst abhanden gekommen wäre, sie könnten sich zu dem Witz gratulieren. Das Stadtschloss, der Sitz eines Despoten, wird freiwillig, ohne Not, inmitten von Demokratie, neu errichtet, weil es in der Despotie doch irgendwie schöner war - vor allem natürlich architektonisch! Anstelle des Despoten, der jede Demokratiebewegung noch blutig niederschlug, setzt man aber dem Volk ein Denkmal. Dem Volk - nicht: der Demokratie. Ja, es sollte sogar einmal »Wir sind das Volk« auf dem Sockel stehen; ob man das immer noch so umsetzen wird, bleibt abzuwarten. Stärker jedenfalls könnte man das Scheitern der gesamtdeutschen Erinnerungskultur nicht ausdrücken, als den offiziellen Slogan der Pegida-Bewegung zum ideologischen Kern eines zentralen Gedächtnisortes der Berliner Republik zu erheben.

So soll sie aussehen, die Einheitswippe.
Foto: dpa/Milla & Partner

Das Volk, nicht die Demokratie: Das ist auch die Aussage der Skulptur selbst - nämlich die von der Macht des Kollektivs über das Individuum. Wenn einer auf der Waage oben steht, dann nur deshalb, weil die Leute unten ihn da halten, denen er somit ausgeliefert ist.: Insofern beschreibt die Skulptur den Triumph nicht für, sondern über die Demokratiebewegungen. Ein Triumph ohne Beständigkeit: Als Modell einer Gesellschaft, die gerade von Populisten gewaltsam und sehr erfolgreich zum Kippen, nicht zum Wippen, gebracht wird, wird sie zum Zeitpunkt der Eröffnung sogar noch ihrer bräsig-restaurativen Grundaussage Hohn sprechen.

Leo Fischer war Chef des Nachrichtenmagazins »Titanic«. In dieser Rubrik entsorgt er den liegen gelassenen Politikmüll.
Foto: privat / Aus Kommentar nd 28.9.2018

Wer will reden, wer will pöbeln?
ZUR GEGENWÄRTIGEN DEBATTENKULTUR IN DEUTSCHLAND

Nach einer von der AfD in Dresden mit den Chefs von ZDF und ARD anberaumten Veranstaltung hieß es: ...*Sie haben sich wenigstens nicht gekloppt. Und bei Keinem hat man den Hitlergruß gesehen.* - Welch großartiger Sieg der bürgerlichen Demokratie. Ein Punktsieg für die Anhänger der Fraktion des Hohngelächters? Ein trauriger Abend für die Demokratie.
Nach den "Chemnitz Ereignissen" meinte der **Bundespräsident Walter Steinmeier:** Wir müssen wieder dazu kommen, dass wir unseren Argumenten zuhören und nicht auf den Straßen aneinander vorbeischreien. In gleicher Richtung **Bundeskanzlerin Angela Merkel** in der FP- Leserdebatte und vordem **Bundesfamilienministerin Franziska Giffey.**

Derweil gab es beim Besuch der Bundeskanzlerin auch "eine große Anzahl von Personen, die keinerlei vernünftigen Argumenten zugänglich sind, die Hass schüren und zu Gewalt aufrufen. Sie haben sich einmal mehr selbst entlarvt als Unruhestifter und Schreihälse, die nicht begriffen haben: Miteinander zu reden ist allemal konstruktiver als übereinander zu hetzen" - So in der FP 28.11.2018

Künstler fahnden
nach rechten Demo

KOMMENTAR
Mühe statt Mausklick

politische Triebabfuhr? „Soko Chemnitz" illustriert eindringlich die aktuelle Hilflosigkeit im gesellschaftlichen Gegeneinander – und die Notwendigkeit, Phrasen gegen echte Argumente zu tauschen.

Echte Argumente? - Ein frommer Wunsch. FP- Kommentar zur "Soko Chemnitz" Aktion Anfang Dezember.

Denn sie wissen, was sie tun

Soll man mit Rechten reden? Soll man sich in die Frustwähler hineindenken?

Von Klaus Bittermann

Seit die AfD auf dem Vormarsch ist, zerbrechen sich die Intellektuellen über den Frustwähler den Kopf. In der »Süddeutschen Zeitung« schreibt Svenja Flaßpöhler, »wir« sollten »uns nur kurz einmal vorstellen, wie man sich so fühlt, als ein Mensch, der elitefern in, sagen wir, Sachsen lebt, aus Frust AfD-Wähler ist und von linken Intellektuellen liest, die ihn als regressiv und blockiert, also im Grunde als geistig zurückgeblieben bezeichnen«.

Das Einfühlungsvermögen in den AfD-Wähler ist erstaunlich groß, größer jedenfalls als gegenüber dem Wähler einer anderen Partei. Man sieht in ihm einen gutwilligen Menschen, der niemandem etwas Böses will, dem aber keine Aufmerksamkeit zuteil wird. Politiker fordern auf fast hilflose Weise, ihn nicht verloren zu geben, und ignorieren dabei das ganz Offenkundige, nämlich dass die sogenannten Wutbürger keineswegs ihrer Wut über die soziale Lage Ausdruck verleihen wollen. Vielmehr spricht Ignoranz und Ressentiment aus ihrem Wahlverhalten.

Argumente sind für AfD-Wähler höchstens Lügen. Antworten erhält man von ihnen nicht, sondern nur eine vorgefasste Meinung. Diese geben sie auf Transparenten kund, deren Aussage nicht verhandelbar ist. Sie behaupten, keine Nazis zu sein, haben aber nichts dagegen, dass die in der AfD den Ton angeben. Wenn Björn Höcke im Kreise seiner »Kameraden« gegen Ausländer demonstriert oder öffentlich antisemitische Äußerungen von sich gibt, dann stört das den Wähler nicht, vielmehr sind das notwendige Voraussetzungen, um ihm die AfD sympathisch zu machen. Sie sagen, sie haben Angst vor den Ausländern. Aber nicht ihre Häuser werden von Ausländern angezündet, sondern die Unterkünfte von Flüchtlingen, und in den

Fraktion des Hohngelächters

Die AfD im Bundestag empört die übrigen Fraktionen. Ihre Reaktion bleibt hi

Parolen für die Kameras

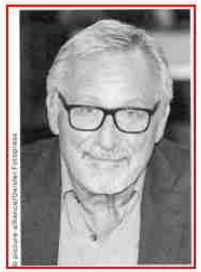
Immer und überall, politisch oder religiös: Fanatiker kennen nur Parteigänger oder Todfeinde

seltenen Fällen, in denen man den Tätern auf die Spur kommen konnte, waren es natürlich keine Nazis, sondern unbescholtene und um die Zukunft des Landes besorgte Bürger.
Es handelt sich also nicht um verlorene, verführte oder sonstwie manipulierte Menschen, sondern um Überzeugungstäter, die genau wissen, was sie tun und wollen, wenn sie die AfD wählen. Man sollte sie nicht für dümmer halten als sie sind. Der »Protestwähler« ist eine Chimäre, mit der man sich einreden kann, sie würden wieder CDU, SPD oder Grüne wählen, würde man nur die richtige Politik machen. Aber die gibt es nicht. Vielmehr scheint sich jede Regierungspartei automatisch zu desavouieren, und das Hoch bei den Umfragewerten der Grünen hält vermutlich so lange an, wie sie in der Opposition sind. Mit Wahlversprechen ist der Wähler der AfD nicht zu ködern. Er wählt die AfD, auch wenn diese seine Interessen überhaupt nicht vertritt. Aus dem Wähler wurde ein durch seine Unzufriedenheit unberechenbar gewordener Reaktionär und Rassist, der in den USA Donald Trump ins Weiße Haus verholfen hat, weil der die Irrationalität ihres Lebens verkörpert und Rache am verhassten Establishment verspricht, dem er selbst angehört, wie auch die AfD-Politiker natürlich zum Establishment gehören. Selbst wenn diese Rache den eigenen Untergang bedeutete, würden sie sich keines Besseren belehren lassen, wie das J.D. Vance in dem Buch »Hillbilly-Elegie« über seine Familie in Ohio überzeugend beschrieben hat.

Man muss nicht an jeder Mülltonne schnuppern, um zu wissen, dass es daraus stinkt. Das wissen auch die Politiker und Intellektuellen, und dennoch spornen sie sich gegenseitig an, es zu tun.

Sie sagen, dass eine polarisierte Gesellschaft nicht gut sei. Dabei ist sie keineswegs ein neues Phänomen, doch das fällt den Regierenden erst dann auf, wenn ihre Wählerbasis schwindet, weil es nur noch wenig Grund gibt, sie zu wählen, und zwar aus einem Motiv, das jeder kennt: Man findet sich nicht mehr oder nicht genügend repräsentiert. Wie im Fußball hält sich jeder für einen Experten, der genau weiß, wie die Probleme zu lösen sind. Trump ist schließlich das lebende Beispiel dafür, dass auch Idioten einen Staat führen können, also auch man selbst.... ...Vor diesem Hintergrund verpuffen die gut gemeinten Ratschläge von Svenja Flaßpöhler, alles daranzusetzen, »die Mündigkeit der Bürger

Wir müssen nun zusammen widerstehen



Konstantin Wecker, geboren 1947 in München, ist Musiker, Liedermacher, Autor und Schauspieler.

Wahrlich, wir leben in gefährlichen Zeiten.
Die Rechtsextremen und Rassisten kriechen aus ihren Löchern, in denen sie sich lange verbergen mussten, und geben sich unflätig und laut. Plötzlich wird wieder angehört, was nie mehr ausgesprochen werden sollte. Was nie mehr ausgesprochen werden darf. Wir müssen nun zusammenhalten und zusammen widerstehen. Ohne ideologische Kleinkriege.
Die abstoßenden Bilder auftrumpfender rechter Gewalt aus Chemnitz sind der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt - ein Fass, das schon vorher bis zum Rand gefüllt war mit Herzlosigkeit und Verharmlosung der Nazi-Diktatur. Es wird Zeit, dass wir dafür sorgen, dass die braune Brühe nicht noch weitere Landstriche überschwemmt.

Aus 11/2018 DLF Programm

Aufstehen, weitermachen, laut werden

Iris Berben, geboren 1950, ist Schauspielerin und Präsidentin der Deutschen Filmakademie. Martin Schulz, Jahrgang 1955, ist Bundestagsabgeordneter.

Berben: Ich verstehe nicht, warum die Demonstrationen gegen die Rechten so zaghaft sind. Das macht mich fassungslos!
Schulz: Ja. Und warum gibt es keine Demonstration, bei der 100000 Leute die schwarz-rot-goldenen Farben mit sich tragen - und zwar gegen die AfD? Schwarz-Rot-Gold war die Farbe der bürgerlichen Revolution in Deutschland 1848/49, der Verteidigung der Grundrechte gegen den Obrigkeitsstaat. Das sind die Farben des freien Deutschlands, des Deutschlands der allgemeinen Menschenrechte - nicht derjenigen, die dieses Deutschland nicht wollen.

Aus Interview chrismon spezial / Evangl. Magazin Okt. 2018

und ihre Fähigkeit zum aufgeklärten, kontroversen Diskurs zu stärken«, weil der in solchen Predigten kaum zu überhörende pädagogische Formungswille das Gegenteil dessen bewirkt, was beabsichtigt ist, vor allem wenn der Schwafelgehalt so hoch ist, dass sich beim »Bürger« entweder Widerwille regt oder ihm die Augen zufallen.
Die Rechten können sich ausbreiten, solange man versucht, Verständnis für sie aufzubringen. Vielmehr kommt es aber darauf an zu verstehen, wie sie ticken: Dann wird schnell deutlich, dass Dialog für sie bedeutet, das Gegenüber zum Abladeplatz für krude Weltverschwörungstheorien zu machen. Warum sich also in den Frustwähler hineindenken wollen? Glaubt jemand ernsthaft, Leute in »demokratische Prozesse« einbeziehen zu können, die sich schon längst von ihnen verabschiedet haben? Warum nicht den Streit aushalten, die AfD auf Granit beißen lassen? Warum sie nicht ausgrenzen und isolieren, anstatt sie hoffähig zu machen mit immer neuen Dialogangeboten?

Vielleicht weil die bürgerlichen Intellektuellen insgeheim wissen, dass von ihnen nicht allzu viel zu erwarten ist, wenn es hart auf hart käme? Theodor W. Adorno und Max Horkheimer verließen Deutschland auch deshalb, weil Erich Fromm schon 1929/30 eine empirische Studie unter anderem über das politische Bewusstsein von sozialdemokratisch und liberal gesinnten Bürgern gemacht hatte, die zeigte, dass Widerstand von dieser Seite am wenigsten zu erwarten war. Die bloße Absichtserklärung, an »Werten festhalten« zu wollen, reicht nicht mehr aus. Wie Hannah Arendt schrieb, lehrt uns »der totale Zusammenbruch der ehrenwerten Gesellschaft während des Hitlerregimes, dass es sich bei denen, auf die unter Umständen Verlaß ist, nicht um jene handelt, denen Werte lieb und teuer sind und die an moralischen Normen und Werten festhalten; man weiß jetzt, dass sich dies alles über Nacht ändern kann ...« Aber dann ist es bereits zu spät.

Klaus Bittermann (* 8. April 1952 in Kulmbach), auch bekannt unter dem Pseudonym Artur Cravan, ist ein deutscher Journalist, Schriftsteller und Verleger. Aus nd 24. Nov. 2018